Am Wochenende präsentieren wir Ihnen einen Überblick über die lesenswertesten Beiträge, die wir im Laufe der vergangenen Woche in unseren Hinweisen des Tages für Sie gesammelt haben. Nehmen Sie sich ruhig auch die Zeit, unsere werktägliche Auswahl der Hinweise des Tages anzuschauen. Wenn Sie auf "weiterlesen" klicken, öffnet sich das Angebot und Sie können sich aussuchen, was Sie lesen wollen. (AT)

Wir weisen darauf hin, dass die jeweiligen Anbieter für die Barrierefreiheit ihrer Angebote selbst verantwortlich sind und es durchaus sein kann, dass der Zugang von zunächst freien Inhalten nach einer Zeit beschränkt wird.

Hier die Übersicht; Sie können mit einem Klick aufrufen, was Sie interessiert:

1. Der Preis der Freiheit ist hoch
2. Russisches Kommunikationszentrum: Schwerer Schlag gegen Weltrauminfrastruktur
3. Ewige Fehlkalkulation: Mit Waffen Kriege verkürzen
4. Blackrock will sein Geld zurück: Ukrainische Oligarchen profitieren von westlicher Hilfe
5. Sparpolitik der Ampel: SPD-Fraktionsflügel fordern gemeinsam Ausnahmeregeln von Schuldenbremse
6. Gescheiterte Stromverbindung – Wir Schweden wollen nicht mehr für Deutschlands falsche Energiepolitik bezahlen
7. »Das war eine eklatante Fehleinschätzung«
8. Der Fall Kimmich markiert einen Nervenzusammenbruch der deutschen Öffentlichkeit – trotzdem redet kaum jemand darüber
9. Olaf Scholz lügt sich seine Corona-Aufarbeitung zurecht
10. Beim Fußball ist das Kapital der Kapitän

Vorbemerkung: *Ursprünglich hatten wir geplant, in unserer Wochenübersicht auch auf die lohnenswertesten redaktionellen Beiträge der NachDenkSeiten zu verweisen. Wir haben jedoch schnell festgestellt, dass eine dafür nötige Vorauswahl immer damit verbunden ist, Ihnen wichtige Beiträge vorzuenthalten. Daher möchten wir Ihnen raten, am Wochenende doch einfach die Zeit zu nutzen, um sich unsere Beiträge der letzten Wochen (noch einmal) anzuschauen. Vielleicht finden Sie dabei ja noch den einen oder anderen Artikel, den es sich zu lesen lohnt. Wenn Sie diese Übersicht für hilfreich halten, dann weisen Sie doch bitte Ihre Bekannten auf diese Möglichkeit der schnellen Information hin.*

1. **Der Preis der Freiheit ist hoch**
   „Aber es bleibt ein bitterer Nachgeschmack. Teil der Vereinbarung mit den USA ist offenbar, dass Assange sich schuldig bekennt. (…) Assange ist wegen

Geheimnisverrats und Spionage angeklagt. Und vor allem das ist so gefährlich: Wenn künftig Journalisten als Spione angeklagt und verurteilt werden, ist dies eine Bedrohung der Pressefreiheit. Wer ist als nächstes dran? Und wer wird überhaupt noch solche Missstände aufdecken wollen, wenn er damit rechnen muss, das durchleben zu müssen, was Assange erfahren musste? Die USA formulierten den Vorwurf, durch die Veröffentlichung seien Informanten gefährdet worden – was so nie nachgewiesen werden konnte. Auch das ist ein wichtiger Punkt."
Quelle: tagesschau

Anmerkung Tobias Riegel: *Das ist ein erstaunlich fairer Kommentar in der „Tagesschau", der einen wichtigen Punkt anspricht: Bei aller berechtigten Freude darüber, dass der hochverdiente Publizist, Journalist und Wikileaks-Gründer Julian Assange wieder in Freiheit ist, gibt es auch eine mögliche Schattenseite bei dem Vorgang: Um der unmenschlichen Behandlung zu entfliehen, der er nun jahrelang ausgesetzt war, musste sich Assange der Spionage schuldig bekennen. Damit ist es den USA laut einigen Beobachtern gelungen, Journalismus zu kriminalisieren und ihre „Zuständigkeit" weltweit sogar auf Nicht-Staatsbürger auszuweiten, wie etwa Robert Kennedy Jr. auf X betont. Es gibt auch Stimmen, die das anders sehen, etwa auf „Consortium News". Das „Schuldbekenntnis" schmälert in keiner Weise Assanges Verdienste. Stattdessen wirft es ein Licht auf einen destruktiven internationalen US-Einfluss. Lesen Sie dazu auch „Julian Assange ist frei".*

dazu: **Dieser Deal ist eine Bedrohung für den investigativen Journalismus**
Julian Assange bekennt sich der unrechtmäßigen Beschaffung und Verbreitung von geheimen Unterlagen schuldig. Nach 14 Jahren Unfreiheit ist das nachvollziehbar, doch der Deal legitimiert seine unrechtmäßige Verfolgung durch die USA.
Ein guter Tag für Julian Assange. Endlich, nach 14 (vierzehn!) quälenden Jahren der Unfreiheit wurde er aus britischer Haft entlassen und durfte in seine Heimat Australien ausreisen. Damit endet ein beispielloser Skandal, bei dem sich die britische und die schwedische Justiz zum Komplizen eines Rachefeldzugs gemacht haben, während die übrigen Regierungen der westlichen Welt schwiegen. Annalena Baerbock etwa, die sich noch im Wahlkampf für Assange eingesetzt hatte, aber nicht mehr als deutsche Außenministerin. […]
Für die Pressefreiheit ist dies ein schlechter Tag. Dieser Deal, der es den USA erlaubt, sich „gesichtswahrend" aus der Affäre zu ziehen, legitimiert Assanges Verfolgung und bedeutet eine Drohung für den investigativen Journalismus. Assange war kein Geheimnisträger, er hat die Weltöffentlichkeit über relevante, teils kriminelle Vorgänge aufgeklärt.

Quelle: Deniz Yücel auf Welt Online

dazu auch: **Fall Assange: Das Versagen der EU**
Die ganze Welt freut sich über die Freilassung des Wikileak-Gründer Julian Assange. Die ganze Welt? Nein – die EU schweigt, wie seit Jahren.
Eigentlich sollte die Nachricht von der Befreiung Julian Assanges lauten Jubel in Brüssel auslösen. Schließlich setzt sich die EU seit Jahren für den Schutz von Whistleblowern ein. Neuerdings hat sie sogar ein „Medienfreiheits-Gesetz", das auch Journalisten den Rücken stärken soll. Doch als die Meldung um die Welt ging, kam aus der EU-Hauptstadt erstmal – nichts. […]
Das Schweigen der Europäer ist nicht neu. Die EU hat noch nie einen Finger für den wohl prominentesten und wichtigsten Whistleblower gekrümmt. Selbst als Großbritannien noch Mitglied war, taten die EU-Kommission und die meisten deutschen und europäischen Politiker so, als ginge sie der Fall nichts an.
Man nahm Rücksicht auf die USA – und auf die schwedische Justiz, die Assange zunächst der Vergewaltigung beschuldigt hatte. Doch als die Anklage schließlich in sich zusammenbrach, änderte sich die Haltung der EU nicht. Auch das Europaparlament konnte daran nichts ändern.
Die EU-Abgeordneten haben Assange 2022 für den Sacharow-Preis nominiert – zusammen mit dem ukrainischen Volk und der Wahrheitskommission in Kolumbien. Gewonnen hat, wenig überraschend, die Ukraine und ihr Präsident Wolodymyr Selenskyj. Danach herrschte wieder Funkstille in Brüssel.
Quelle: Lost in Europe

und: **Julian Assange in seiner Heimat Australien angekommen**
Quelle: NachDenkSeiten

2. **Russisches Kommunikationszentrum: Schwerer Schlag gegen Weltrauminfrastruktur**
   Die Ukraine hat ein russisches Kommunikationszentrum angegriffen. Russland verliert dadurch wichtige Möglichkeit zur Kommunikation und Frühwarnung. […]
   Man könnte meinen, dass ein Angriff auf solche strategischen russischen Anlagen Russland zu einer Eskalation mit Massenvernichtungswaffen veranlassen könnte, doch das Gegenteil ist der Fall. Indem die Ukraine Russland dieser wichtigen Anlagen beraubt, erhöht sie die Verwundbarkeit Russlands gegenüber dem Westen, da diese Langstreckensysteme und Satelliten, die für die Frühwarnung vor westlichen Angriffen strategischen Ausmaßes gedacht sind, beschädigt wurden.
   Mit anderen Worten: Sollte sich Russland zum Einsatz von Atomwaffen entschließen, wäre es wesentlich verwundbarer gegenüber westlichen Vergeltungsschlägen,

unabhängig davon, ob es sich um konventionelle oder nukleare Schläge handelt. Während Russlands Offensivpotenzial nicht beeinträchtigt wird (da keine Raketenwerfer getroffen wurden), wird sein Verteidigungspotenzial gegen strategische Waffen geschwächt. Daher drängen diese Angriffe Moskau faktisch von einer strategischen Eskalation ab.
Quelle: ZDF

Anmerkung Florian Warweg: *Ein öffentlich-rechtlicher Sender bejubelt und rechtfertigt die Angriffe der Ukraine auf die atomaren Frühwarnsysteme Russlands und erklärt dann auch noch ganz offen, diese würden die „Verwundbarkeit Russlands (…) gegenüber westlichen Angriffen strategischen Ausmaßes" erhöhen. Mit völliger Selbstverständlichkeit wird dann auch noch dargelegt, dass ohne die entsprechende Unterstützung der USA bei der Datenbeschaffung und Ziellenkung solche Angriffe gar nicht möglich wären. Die Ukrainer also die volle Rückendeckung der USA haben und daher das Vorgehen im westlichen Interesse liege. Hier wird Beitrags-finanziert offen einem Atomkrieg das Wort geredet. Ich bezweifle, dass diese einseitige Form der ZDF-(Welt-)-Kriegspropaganda mit dem Staatsvertrag konform ist.*

3. **Ewige Fehlkalkulation: Mit Waffen Kriege verkürzen**
   Das Versprechen, einen Krieg mit noch mehr Krieg zu verkürzen, hat immer wieder Eskalationen legitimiert. Historisch spricht einiges dagegen.
   Der Berliner Korrespondent der zwar schweizerischen, aber nicht neutralen Neuen Zürcher Zeitung (NZZ) rühmte den deutschen Leopard-Panzer am 25. Januar 2023 als „den Panzer, der den Krieg verkürzen könnte". „Sein Einsatz in der Ukraine", so der Korrespondent, „könnte der russischen Invasion ein schnelleres Ende bereiten."
   Im August, als die ukrainische Sommeroffensive scheiterte und manch ein Leopard zu Schrott wurde, offerierte der ukrainische Außenminister Dmytro Kuleba eine neue Idee. Die Schlagzeile auf der Website des Fernsehkanals n-tv: „Kuleba: Taurus könnten den Krieg verkürzen."
   Das Versprechen, einen Krieg auf dem Boden der heutigen Ukraine in kurzer Zeit siegreich zu beenden, ist nicht neu. „Totaler Krieg – kürzester Krieg" hieß es am 18. Februar 1943 auf einem Transparent im Berliner Sportpalast. Damals stand die deutsche Wehrmacht bei Charkow, heute Charkiw. Zwei Wochen zuvor hatte die 6. Armee in Stalingrad kapituliert.
   Quelle: Berliner Zeitung

   dazu: **Kriegstüchtig werden**
   Immer mehr Geld für immer mehr Waffen. Eine Übersicht zu den veranschlagten Kosten der deutschen Aufrüstung.

Wir dokumentieren im Folgenden einen Vortrag, den Lühr Henken am 18. Juni 2024 im Rahmen des Webinars »Militarisierung gegen Soziales – Wer bezahlt die Militarisierung Deutschlands?« der Initiative »Nie wieder Krieg – Die Waffen nieder« gehalten hat. (jW)
Lühr Henken ist Kosprecher des Bundesausschusses Friedensratschlag, Herausgeber der »Kasseler Schriften zur Friedenspolitik« und wirkt bei der Berliner Friedenskoordination mit.
Quelle: junge Welt

dazu auch: **Ukraine-Krieg: Warum wollen die USA keinen Verhandlungsfrieden?**
Zum fünften Mal seit 2008 hat Russland jetzt vorgeschlagen, mit den USA über Sicherheitsvereinbarungen zu verhandeln, diesmal mit Vorschlägen, die Präsident Wladimir Putin am 14. Juni 2024 unterbreitet hat.
Viermal zuvor haben die USA bereits ein Verhandlungsangebot abgelehnt, zugunsten der Strategie der US-Neokonservativen, deren Ziel die andauernde Schwächung oder sogar Zerstückelung Russlands durch Krieg und verdeckte Operationen ist.
Die Neokonservativen sind damit aber katastrophal gescheitert. Ihre Strategie hat zur Verwüstung der Ukraine geführt und die ganze Welt in Gefahr gebracht. Nach all der Kriegstreiberei ist es an der Zeit, dass Biden Friedensverhandlungen mit Russland beginnt.
Quelle: Telepolis

4. **Blackrock will sein Geld zurück: Ukrainische Oligarchen profitieren von westlicher Hilfe**
   Das Oakland Institute listet die bedeutendsten Investoren auf, die im ukrainischen Agrarsektor Fuß gefasst haben: Die Vanguard Group aus den USA ist nach Blackrock der zweitgrößte Vermögensverwalter der Welt, ebenfalls aus den Vereinigten Staaten sind Kopernik Global Investors und die zu Goldman Sachs gehörende NN Investment Partners mit an Bord. Aus Europa mischen die BNP Asset Management Holding aus Frankreich und die Norges Bank Investment Management, die Norwegens Staatsfonds verwaltet, mit. „Eine Reihe großer amerikanischer Pensionsfonds, Stiftungen und Universitätsfonds sind ebenfalls in ukrainisches Land investiert“, heißt es in der Studie.
   „Diese internationale Finanzierung kommt direkt den Oligarchen zugute, von denen einige des Betrugs und der Korruption beschuldigt werden“, kritisiert das Oakland Institute. Die rund acht Millionen ukrainischen Kleinbauern müssten hingegen mit einer begrenzten Menge an Land und Finanzmitteln auskommen, viele stünden bereits am Rande der Armut.

Quelle: Simon Zeise in der Berliner Zeitung

5. **Sparpolitik der Ampel: SPD-Fraktionsflügel fordern gemeinsam Ausnahmeregeln von Schuldenbremse**
   Finanzminister Lindner lehnt Ausnahmen von der Schuldenbremse kategorisch ab. In der SPD-Fraktion regt sich zunehmend Widerstand: »Das Dogma der schwarzen Null bedeutet Stillstand und wirtschaftliche Unvernunft«.
   Kurz vor der von der Ampelregierung angestrebten Einigung über den Bundeshaushalt 2025 fordern die großen Flügel der SPD-Bundestagsfraktion gemeinsam ein Aussetzen der Schuldenbremse angesichts der Ausgaben für die Ukraine und die jüngsten Flutschäden. »Das Dogma der schwarzen Null bedeutet Stillstand und wirtschaftliche Unvernunft«, erklärten der Seeheimer Kreis, die Parlamentarische Linke (PL) und das Netzwerk Berlin gegenüber der Nachrichtenagentur Reuters. »Angesichts der außergewöhnlichen Notsituationen in der Ukraine und den deutschen Flutgebieten sollten wir auch in diesem Jahr die Ausnahmeregelung der Schuldenbremse nutzen«, fordern Dorothee Martin (Netzwerk Berlin), Matthias Miersch (PL) und Dirk Wiese (Seeheimer Kreis) gegenüber dem SPIEGEL gemeinsam. Die schwache Konjunktur erfordere zudem eine Reform der Konjunkturkomponente in der im Grundgesetz verankerten Schuldenbremse, damit der Wirtschaft »nicht die Luft zum Atmen« genommen werde.
   Quelle: DER SPIEGEL

   dazu: **Kanzler Scholz verteidigt Lindners Sozial-Einsparungen im Haushalt 2025**
   Ein sozialdemokratischer Kanzler, der Kürzungen bei Sozialausgaben zustimmt? Klingt komisch, ist aber so. Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) hat vorgesehene Einsparungen für den Bundeshaushalt im verteidigt. Gemeinsam mit Finanzminister Christian Lindner (FDP) und Vizekanzler Robert Habeck (Grüne) hat er die Verhandlungen über den Etat 2025 begonnen.
   Quelle: Merkur

   dazu auch: **Internes Papier der Bahn: Bahn plant offenbar, Fernzüge zu streichen – besonders im Osten**
   Die Deutsche Bahn will nach SPIEGEL-Informationen zahlreiche Fernverkehrsverbindungen abschaffen – vor allem zu ostdeutschen Städten. Ihr fehlt das Geld.
   Die Bahn plant offenbar, ihr Angebot an Intercity-Zügen im kommenden Jahr bundesweit zu reduzieren. In zahlreichen Städten sollen dann keine Fernverkehrszüge mehr halten. Besonders betroffen sind Orte in Sachsen, Thüringen sowie

Mecklenburg-Vorpommern.
Das geht aus einem vertraulichen Schreiben der Deutschen Bahn an die Bundesnetzagentur hervor, über dessen Inhalt der SPIEGEL unterrichtet wurde.
Quelle: DER SPIEGEL

Anmerkung André Tautenhahn: *Das wird den Ampelparteien im Wahlkampf sicher helfen.*

6. **Gescheiterte Stromverbindung – Wir Schweden wollen nicht mehr für Deutschlands falsche Energiepolitik bezahlen**
Die schwedische Regierung hat beschlossen, keine Genehmigung für die geplante Gleichstromverbindung Hansa Powerbridge zwischen Schweden und Deutschland zu erteilen. Die Regierung schreibt, dass diese Entscheidung kein generelles Verbot einer neuen Verbindung zwischen Deutschland und Schweden darstelle, „wenn sich die Voraussetzungen in Zukunft ändern sollten“. Dies ist ein klares Zeichen dafür, dass die schwedische Regierung Druck auszuüben versucht, um Deutschland von seiner sehr schlechten Energiepolitik abzubringen, die die gesamte europäische Wettbewerbsfähigkeit gefährdet.
Ich glaube, Schweden hat mehrere Gründe, die Hansa Powerbridge abzulehnen. Ein Grund, den die Regierung auch in ihrer Pressemitteilung deutlich anführt, ist, dass Deutschland nicht in Strompreiszonen unterteilt ist. Untersuchungen zeigen, dass der Strom in Norddeutschland billiger wäre als in Süddeutschland, wenn das Land solche Zonen einführen würde. Für uns wäre das positiv. Denn dann würden die hohen Strompreise seltener bis nach Südschweden durchdringen.
Quelle: Cicero

dazu auch: **Energiewende: „Es ist geradezu ein Tabu, das anzusprechen“**
Der Plan für die deutsche Energiewende ist unrealistisch, was ja mittlerweile immer deutlicher wird durch die Macht des Faktischen: Es ist kein Geld mehr da für immer mehr Subventionen in letztlich nutzlose Klimaprojekte und der politische Druck steigt wegen hoher Energiekosten und abwandernder Industrie. Aber die Klimapolitik ist nicht nur teuer, sondern auch ineffektiv: Die CO_2-Emissionen, die Deutschland einspart, werden durch den Emissionshandel in andere EU-Länder verlagert. Weltweit steigen die CO_2-Emissionen stetig weiter und die globale Erwärmung wird nicht gebremst. Die Denkfabriken in Deutschland jedoch stellen das deutsche Konzept nicht infrage – im Gegenteil: Sie treiben die Energiewende voran. Wir hingegen wollen neue Wege aufzeigen.
WELT: Ein wohlhabendes Land wie Deutschland müsse nun mal vorangehen im Kampf gegen den Klimawandel, heißt es – stimmt das nicht?

Wiesmann: Wenn es wenigstens etwas bringen würde gegen die globale Erwärmung, aber die sogenannte Vorreiterrolle bewirkt nichts, andere Länder werden nicht einfach folgen.
Weimann: Richtig, Studien zeigen, dass sie vielmehr die Freifahrerposition einnehmen, die es ihnen erlaubt, die von Energiewende-Staaten nicht genutzte fossile Energie billiger zu kaufen. Die globale Erwärmung ist ein spieltheoretisches Problem, man muss Anreize schaffen, dass immer mehr Staaten mitmachen. Deutschlands Energiewende bewirkt eher das Gegenteil.
Quelle: Welt Online

und: **Erosion der Akzeptanz – dieser Bericht offenbart den Frust über die Energiewende**
Eine Expertenkommission des Bundes konstatiert in ihrem aktuellen Report die Entstehung der „Energiearmut“ in Deutschland. Unteren Einkommensschichten würden durch die grüne Transformation besonders stark getroffen. Zudem wird der Regierung ein schlimmes Energiewende-Zeugnis ausgestellt.
Die von der Bundesregierung eingesetzte Expertenkommission zum Energiewende-Monitoring hat vor der überproportionalen Belastung einkommensschwacher Haushalte durch die Energiewende gewarnt. Nach Auswertung der Kommission mussten die zehn Prozent der einkommensschwächsten Haushalte im vergangenen Jahr rund 1600 Euro im Jahr für Energie ausgeben. Das entspricht einem Anteil von rund zwölf Prozent ihres Haushaltseinkommens.
Quelle: Welt Online

7. **»Das war eine eklatante Fehleinschätzung«**
Im Sommer 2023 forderte der Parteivorstand Sahra Wagenknecht auf, ihr Mandat niederzulegen. Doch gerade eine so kleine Formation wie wir mit 4,9 Prozent der Abgeordneten hätte immer wieder herausfinden müssen, wo unser gemeinsamer Nenner ist – und nicht die Spaltung vorantreiben. Bestimmte temporäre Zusammenschlüsse in der Partei forderten Sahra Wagenknecht auf, endlich zu gehen. Aber als sie dann ging und andere mit ihr, war der Schock groß. Das konnte man sich vorher ausrechnen. Jetzt sind wir in dieser schlechten Lage als Gruppe im Bundestag mit noch weniger Rechten als unsere damalige PDS-Gruppe (…). Man hat uns nun Plätze außerhalb des Bereiches mit Tischen zugewiesen. Im Fernsehen werden wir dadurch von der Kamera so gut wie nicht mehr erfasst. Jetzt sind wir manchmal erst auf Platz 13 oder 14 der Rednerliste. In vielen Bürgergesprächen heißt es: »Ihr seid ja jetzt nicht mehr im Bundestag«. Diese ganze von unseren Gegnern auch gewollte Demütigung hätten wir uns ersparen können.

Wo lagen jene Gemeinsamkeiten?
Viele bei den sozialen Fragen. Aber es gab einen Kippunkt, wo die Weichen für die Trennung gestellt schienen: die Friedenskundgebung am Brandenburger Tor von Wagenknecht und Alice Schwarzer im Februar 2023. Den Aufruf dazu hatten unsere früheren Kandidaten für das Amt des Bundespräsidenten, Christoph Butterwegge, Luc Jochimsen und Gerhard Trabert, sowie auch Gregor Gysi unterstützt. Der Parteivorstand dagegen nicht – eine ganz fatale Entscheidung. Nach dem Überfall Russlands auf die Ukraine hatten wir gesagt, wir müssen die Partei sein, die alles daransetzt, eine große Friedensbewegung zu organisieren. Das ist uns nicht gelungen.
Quelle: Gesine Lötzsch in junge Welt

8. **Der Fall Kimmich markiert einen Nervenzusammenbruch der deutschen Öffentlichkeit – trotzdem redet kaum jemand darüber**
Der Nationalspieler wollte sich während der Pandemie nicht gegen Corona impfen lassen. Eine Dokumentation zeigt nun, wie massiv er dafür unter Druck gesetzt wurde. Die Corona-Politik muss endlich aufgearbeitet werden. […]
Im Fall Kimmich kam noch mehr hinzu. Da war zunächst eine irritierende Einigkeit von Politik und Medien. Viele Journalisten berichteten im Stile amtlicher Verlautbarungen über das, was Bundeskanzler und Ministerpräsidenten der Länder entschieden. Kritik an den Massnahmen wurde selten geübt, obwohl darunter zeitweise so absurde Dinge fielen wie eine Maskenpflicht an der frischen Luft in der Frankfurter Innenstadt.
Quelle: NZZ

dazu: **Die Coronasache**
Das ZDF hat eine Doku – „Anführer und Antreiber“ – über Joshua Kimmich gedreht. Der Inhalt wühlt auf. Denn der Profi des FC Bayern München, aktuell für die Nationalmannschaft bei der EM unterwegs, spricht teilweise mit tränenerstickter Stimme über eine Zeit, die Spuren hinterlassen hat. Bei jenen, die Coronamaßnahmen, allen voran 2G, substantiell kritisch sahen und auch eine methodisch neue Impfung hinterfragten, gingen sie sehr tief.
Bis heute wirken Ausgrenzung, immenser öffentlicher Druck und oft unsachliche Argumentation im Plenum, in Zeitung und Fernsehen nach.
Quelle: taz

dazu auch: **Tränen bei Kimmich: Heute schäme ich mich für meine Kritik an ihm**
Erst Joshua Kimmich führte mir jetzt vor Augen, was ich in meinem Hinterstübchen weggesperrt hatte. Anfeindungen zwischen Impfbefürwortern und Impfgegnern: Die

ZDF-Dokumentation über ihn als „Anführer und Antreiber“ katapultierte mich am Samstagabend in die Tage zurück, als ich Kimmich zum Teufel jagen wollte. Heute schäme ich mich dafür.
Quelle: Focus Online

Anmerkung Jens Berger: *Immerhin. Der erste Journalist, der sich für sein Verhalten gegenüber Ungeimpften öffentlich entschuldigt.*

9. **Olaf Scholz lügt sich seine Corona-Aufarbeitung zurecht**
   Im „ARD-Sommerinterview“ am 23. Juni behauptet der für seine strategischen Erinnerungslücken berüchtigte Olaf Scholz, er habe den Sinn der nächtlichen Ausgangssperren wegen Covid damals „nicht verstanden“. Entweder der Bundeskanzler lügt heute oder der damalige Minister log oder das Gedächtnis von Olaf Scholz ist so schlecht, dass er amtsuntauglich ist. Er hat nämlich 2021 vor Millionenpublikum die Ausgangssperren als unbedingt notwendig verteidigt.
   Quelle: Norbert Häring

   dazu auch: **Scholz, Corona und die Bürgerräte: Anekdoten statt Aufarbeitung**
   Quelle: NachDenkSeiten

   und: **Keine Aufarbeitung linker Corona-Politik: Sie sprachen von „Anti-Impf-Terroristen“**
   Pandemie In der Corona-Zeit haben große Teile der gesellschaftlichen Linken und der Linkspartei die harte Linie der Regierung unterstützt. Jetzt scheuen sie eine Aufarbeitung der Fehler. Das befördert ihren Fall in die Bedeutungslosigkeit
   Sara M. steht auf ihrem Reiterhof in Brandenburg. Sie muss ihn seit drei Jahren alleine führen. Ihr Mann starb wenige Stunden nach der Coronaimpfung. Bis auf eine alte Beckenfraktur war der passionierte Harley-Davidson-Fahrer gesund gewesen. Direkt nach der Impfung, so Frau M., setzten Kreislaufprobleme ein, zu Hause angekommen, sei er „kollabiert“. Die Rettungskräfte habe sie darauf hingewiesen, dass der Zusammenbruch unmittelbar auf die Impfung gefolgt sei. „Das hat niemanden interessiert“, so Frau M. Eine Obduktion fand nicht statt. Der Tod von Herrn M. ist nicht als Impffolge anerkannt. Der Fall ist kein Einzelfall.
   Quelle: der Freitag

10. **Beim Fußball ist das Kapital der Kapitän**
    Der Fußball wird von dubiosen Finanzgeschäften gekapert und von fragwürdigen Investoren kontrolliert. Die Fans sind dabei die Leidtragenden. Sie können kaum mitbestimmen und werden vor allem abgezockt.

Vereine sind an der Börse, Spieler sind ein Asset und der Transfermarkt gleicht einem Finanzmarkt. Die Finanzialisierung des Sports ist allgegenwärtig und im Fußball am weitesten vorangeschritten. Im Zuge dieser Entwicklung wurde das grundlegende Prinzip, die sportliche Siegmaximierung, ohne Rücksicht auf finanzielle Verluste von der finanziellen Gewinnmaximierung abgelöst.
All das geht am Ende zu Lasten des Sports und der Fans. Kern dieses Übels ist die Finanzialisierung, also die »Zunahme der Bedeutung von Finanzmotiven, Finanzmärkten, Finanzakteuren und Finanzinstitutionen für das Funktionieren von Binnen- und Weltwirtschaft«, wie es der Ökonom Gerald A. Epstein nennt.
Quelle: Lukas Scholle auf Jacobin